

Stolperer Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Ämtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachschlag; die 6gespaltene Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 195

Stolp, Montag, den 22. August 1927

51. Jahrgang

Handelspolitischer Terror Italiens.

Unerträgliche Sabotagepolitik.

Berlin, 20. August. In hiesigen Wirtschaftskreisen herrscht starke Mißstimmung über verschiedene Maßnahmen der italienischen Regierung, die auf eine Sabotierung des deutsch-italienischen Handels hinauslaufen. Diese Maßnahmen liegen teils weiter zurück, teils sind sie neueren Datums. Ihre Auswirkungen auf den deutschen Handel haben sich aber besonders in der letzten Zeit äußerst unangenehm bemerkbar gemacht. Vor allem wird der deutsche Handel durch das italienische Gesetz „zum Schutze der nationalen Industrie“ auf das empfindlichste geschädigt. Das Gesetz zwingt Verwaltungen und Unternehmen, darunter beispielsweise auch die gesamte elektrische Stromversorgungsindustrie, italienische Firmen und Erzeugnisse in einer weit über das vertraglich zulässige Maß hinausgehenden Weise zu bevorzugen.

Ferner hat der italienische Handelsminister eine Verordnung erlassen, in der er den italienischen Spartassen vor der Kreditgewährung an alle diejenigen Firmen warnt, die nach seinem Fachausdruck „fahnenflüchtige der italienischen Wirtschaft“ sind.

Außerdem tun spezielle Einfuhrzölle, verschleierte und unverschleierte Einfuhrverbote, sowie Einfuhrkontingentierungen ein übriges, die vertraglichen Abmachungen illusorisch zu gestalten. Ganz kürzlich ist auch noch durch königlichen Erlaß das erwähnte Schutzgesetz dahin erweitert worden, daß italienische Lieferfirmen verpflichtet wurden, ihren Bezug von ausländischen Rohstoffen und Halbfabrikaten für Staatslieferungen der Kontrolle und Genehmigung des Wirtschaftsministers zu unterstellen.

Dieser handelspolitische Terror der italienischen Regierung steht in direktem Widerspruch zu den Bestimmungen des deutsch-italienischen Handelsvertrages. Das neue System Italiens steht soweit, daß für einzelne Italiener der Bezug deutscher Waren sich geradezu zu einer Gefahr der persönlichen Sicherheit auswachsen kann.

Wie sehr die deutsche Ausfuhr nach Italien unter diesen rigorosen Maßnahmen leidet, zeigt die Handelsstatistik für das erste Vierteljahr 1927, die einen Rückgang der deutschen Ausfuhr nach Italien von 138,85 auf 84,45 Millionen Mark anzeigt, während die italienische Ausfuhr nach Deutschland gleichzeitig um 27,77 Millionen Mark gestiegen ist. Besonders betroffen ist die Gruppe Fertigwaren, deren Ausfuhr nach Italien im angegebenen Zeitraum um über 22 Millionen Reichsmark zurückging. Dabei steht sich das Mittelfeld des italienischen Handels nach Deutschland zum größten Teil aus Gütern zusammen, auf die Deutschland sehr wohl verzichten oder sie ebenso gut aus anderen südlichen Ländern beziehen kann.

Die deutsche Regierung sollte sich nicht mehr lange zu überlegen haben, in welcher Weise die notwendigen Schritte gegen den Vertragspartner zu unternehmen sind, der sich über Geist und Wortlaut bestehender handelspolitischer Abmachungen in solch herausfordernder Weise hinwegsetzt.

Die Besatzungsfrage.

Englisch-französische Verhandlungen.

Der französische Ministerrat vom Freitag, von dem man eine Entscheidung in der Besatzungsfrage erwartete, ist ausgefallen, wie das Hornberger Schießen. Nach dem Ministerrat erklärte der Kriegsminister Painlevé:

„Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England gehen weiter. Es ist bisher noch keine endgültige Zahl festgesetzt worden, aber man hat Grund, auf eine Einigung zu rechnen.“

Inzwischen orakelt die Presse über die Besatzungsfrage weiter. „Matin“ schreibt:

„Obgleich die Verhandlungen mit England noch nicht vollständig beendet sind, scheint es doch festzustehen, daß die verschiedenen interessierten Regierungen, ausgehend von einer festgelegten Besatzungsstärke von 72 000 Mann, sich auf eine Gesamtzahl von 60 000 Mann geeinigt haben. Es bleibt also nur noch die Verteilung auf die einzelnen alliierten Heere übrig, was aber eine untergeordnete Frage ist.“

Deutschland wird so eine berechnete Genugtuung erhalten, denn es könne nicht behaupten, daß eine Herabsetzung um 12 000 Mann bei einer so geringen Gesamtstärke eine unannehmliche Geste wäre, und Frankreich wird im Rahmen der Verträge weiter seine Sicherheit gewährleistet sehen.

In dem üblichen Sinne äußert sich „New York Herald“. Demgegenüber sprechen andere Blätter davon, daß Painlevé im Ministerrat die Ziffer von etwa 4000 Mann genannt habe als die Höchstzahl der nach Ansicht militärischer Kreise in Frankreich möglichen Verminderung. „Avenir“ will wissen, daß der Ministerrat eine zwischen 4000 und 5000 liegende Zahl angenommen habe und daß die Minister ihren Beschluß nur deshalb nicht offiziell bekanntgegeben haben, weil Briand noch die englische Antwort erwarte. Diese Antwort sei bisher noch nicht eingetroffen. Verschiedenen Zeitungen zufolge soll Bri-

and nach Beendigung des Ministerrats geäußert haben, man könne die Angelegenheit als erledigt betrachten.

Eine deutsch-konservative Kundgebung.

Der engere Vorstand der Deutsch-konservativen Partei hat in seiner Sitzung vom 19. August 1927 einmütig folgende Entschiedenheit gefaßt:

„Der rechtswidrige Flaggenzwang, den die zurzeit in Preußen Negierenden gegen Schulen und Selbstverwaltungen ausgeübt haben, um am 11. August durch Novorderordnung den Eindruck einer Feier zu erzielen, hat bei allen rechtlich Denkenden schärfsten Widerpruch gefunden. Gleiche Verurteilung verdient der Befehl des Herrn Dr. Gessler, der, dem Wunsche der Feinde einer überparteilichen Reichswehr entgegenkommend, den Flaggentrost in die Armee hineinträgt und die in Weimar gewechselten Farben nicht nur den Hüttern solbatscher Tradition aufzwingen will, sondern auch ihren Familien und selbst den toten Helden, die, ohne die Flagge niederzuholen, gefallen sind. Diese und andere Vorgänge zeigen, daß man den Flaggentrost jetzt wie den Bestimmungswechsel überall mit allen Mitteln durchzusetzen sucht.“

Wir Konservativen haben unsere Flagge nicht gewechselt und auch keine Gösch in unsere Überzeugung aufgenommen. Wir rufen alle, die ihren heimatlichen Landesfarben und der einigenden Flagge des Bismarckreiches die Treue halten wollen, auf, im Abwehrkampf gegen den Zwang des heutigen Systems zusammenzuschließen.

Die dritte „Karlsruhe“.

Stapellauf in Kiel.

Anlässlich des am 20. ds. Mis. erfolgten Stapellaufs des Kreuzers „Karlsruhe“ hatten die Deutschen Werke der Bevölkerung die Teilnahme an dem imposanten Schauspiel in weitestem Umfange zu ermöglichen gesucht. Unaufhörlich strömten Tausende und Aberaufende heran, und kurz vor Mittag füllten Arbeiter und Beamte des Werks mit ihren Angehörigen, Militär- und Marinevereine und eine große Zahl von Gästen aus dem ganzen Reich, insbesondere auch aus dem Babener Land den geräumigen Bauhof. Insgesamt mögen über 20 000 Personen versammelt gewesen sein, als pünktlich um 11,45 Uhr die Ehrengäste erschienen: der bairische Staatspräsident Dr. Trunt, Reichswehrminister Dr. Gessler, der Chef der Marineleitung Admiral Zenker, der Oberbürgermeister der Patenstadt Karlsruhe, Dr. Finter mit Gemahlin, Frau Fregattenkapitän Köhler, die Witwe des nach erfolgreichem Kreuzertritte am 4. November 1914 im Atlantischen Ozean mit seinem Schiff ruhmvoll untergegangenen Kommandanten der ersten „Karlsruhe“, sowie eine Reihe weiterer Persönlichkeiten, darunter der frühere Reichszanzler Dr. Luther, Geheimrat Dr. Cuno von der Spag und Geheimrat Stimming vom Norddeutschen Lloyd.

Nach der Begrüßung der Ehrengäste durch die Herren des Vorstandes und der Direktion der Deutschen Werke Kiel A.-G., erfolgte unter den Klängen des Präsentiermarsches das Abschreiten der von der 1. Matrosenartillerieabteilung gestellten Ehrenkompanie, sowie der vor der Taufkanzel in Parade stehenden überlebenden Besatzung der ersten „Karlsruhe“. Hierauf bestiegen die Ehrengäste die Taufkanzel und Oberbürgermeister Dr. Finter nahm das Wort zu einer Rede, in der er zunächst der beiden Kreuzer gedachte, die vor dem neuen Schiff den Namen „Karlsruhe“ trugen, des ersten Kreuzers „Karlsruhe“, der am 11. November 1912 getauft wurde und im Weltkrieg in drei Monaten nicht weniger als 17 Schiffe aufbrachte, bis er infolge einer schweren Explosion im Torpedoraum zerbrach, und des zweiten Kreuzers „Karlsruhe“, der an der Einnahme der baltischen Inseln teilnahm und später durch die eigene Mannschaft in der Bucht von Scapa Flow versenkt wurde. Der Oberbürgermeister sprach den Wunsch aus, daß dem neuen Schiff ein glücklicheres Schicksal beschieden sein möge als seinen Vorgängern und daß es Zeuge werde eines neuen Erblühens unseres geliebten Vaterlandes zu Macht und Größe!

Nachdem dann Frau Fregattenkapitän Köhler den Taufakt im Namen des Reichspräsidenten vollzogen hatte, erfolgte unter den Klängen des Deutschlandliedes der Stapellauf, der schnell und sicher vonstatten ging. Nach dem Stapellauf gab die „Deutschen Werke Kiel A.-G.“ den Ehrengästen ein Frühstück im Beamtenkasino.

Treue der Heimat.

Das Gelöbnis der Rheinländer.

Die in Magdeburg tagende Generalversammlung des Reichsverbandes der Rheinländer fand unter dem Motto „Treue der Heimat, treu dem Vaterland“. Die in allen Teilen des Reiches verstreuten Rheinländer hatten Vertreter geschickt, auch die Regierungen der einzelnen Länder waren vertreten. Die Tagung eröffnete Ehrenpräsident Dr. Kaufmann-

Berlin. Dr. Mehnert behandelte in einem Vortrag ausführlich die Räumungsfrage. Anschließend an den Vortrag wurde folgende Entschiedenheit einstimmig angenommen:

„Die zugespitzte politische Lage erfordert dringend, die bewährten Posten geistigen Schutzes am Rhein zu verstärken. Der Reichsverband der Rheinländer gelobt, mit erhöhtem Ernst und noch größerer Zielstrebigkeit für die schwer geprüften Landleute im Westen zu wirken. Seiner überparteilichen Grundeinstellung getreu, will er sich auch bemühen, über fruchtbringende Gegensätze hinweg die Gesamtheit der Nation, die Geschlossenheit des Volkswillens und die Unzerbrechbarkeit des deutschen Volkstums weiter zu arbeiten. Dienst an der rheinischen Heimat und am deutschen Volke sollen auch in Zukunft auf seine Fahnen geschrieben sein.“

Der Gruß des Reichsaussenministers.

Dr. Stresemann hat der Versammlung aus seinem Ferientagebuch ein Telegramm gesandt, in dem es heißt:

„Ich wünsche der Tagung aufrichtig gutes Gelingen und bebaure sehr, meine Wünsche nicht selbst an Ort und Stelle aussprechen können. Der Reichsverband darf versichert sein, daß unter den vielen Aufgaben, um deren Lösung die deutsche Außenpolitik sich bemüht, es gerade die mit dem Rheinland im Zusammenhang stehenden Fragen sind, die uns vor allen anderen am Herzen liegen. Der deutsche Außenminister verleiht das deutsche Rheinland seinen Augenblick.“

Unglaubliche Zustände.

Die Sowjetherrschaft von Delsnitz.

Aus Leipzig wird gemeldet: Eine kommunistische Terrorherrschaft schlimmster Art wird augenblicklich in Delsnitz ausgeübt. Schon seit zwei Wochen waren etwa 1200 Arbeiter der Teppichfabrikzentrale A.-G. in den Streik getreten, da eine Lohnerhöhung abgelehnt wurde. Da der Lohnvertrag der sächsischen Textilindustrie erst am 30. September 1927 abläuft, ist dies also ein glatter Vertragsbruch der Arbeiterschaft, und der Textilverband hat auch diesen Streik als wilden Streik erklärt und jede Verhandlung abgelehnt. Natürlich erhielten die Streikenden von den Gewerkschaften und vom Verband keinerlei Unterstützung. Das kommunistische Komitee der Streikenden wandte sich nun an den Bürgermeister der Stadt Delsnitz um Hilfe. Zurzeit bekleidet ein Berliner Kommunist, Bachmann, ein früherer Maurer, diesen Posten. Er gestattete seinen Genossen und der Internationalen Arbeiterhilfe, eine Straßen- und Hausammlung vorzunehmen. Auf offener Straße wurden Passanten angehalten und auf schwere Bedrohung und in den Geschäften ein unerhörter Terror ausgeübt. Auf diese Weise gelang es, den Streikenden und der Internationalen Arbeiterhilfe, große Geldsummen zu erpressen. Da in den letzten Tagen anscheinend das Sammelergebnis nicht mehr so hoch ausgefallen war, schritt die Internationale Arbeiterhilfe im Verein mit dem kommunistischen Komitee sogar zur Herausgabe von Notgeld. Es wurden Gutscheine auf Lebensmittel aller Art ausgegeben. Das Geld können dann die Geschäftsinhaber bei der Internationalen Arbeiterhilfe in Empfang nehmen. Natürlich werden aus Angst vor dem kommunistischen Terror die Waren geliefert, die Gutscheine aber nicht eingelöst.

Der Fall Sacco-Banzetti.

Vor der Urteilsvollstreckung?

Nach Verwerfung der Revision Saccos und Banzettis wird die Vollstreckung des Todesurteils bereits für die Nacht vom Montag zum Dienstag angekündigt. Der Hauptverteidiger Saccos und Banzettis, Hill, suchte den Oberrichter Hall vom Staatsgerichtshof auf, um einen Aufschub der Strafvollstreckung nachzusuchen.

Oberbundesrichter Holmes lehnte den von der Verteidigung beantragten Strafaufschub ab. Die Anwälte hatten Holmes um die Verschiebung der Hinrichtung ersucht, um die längere Zeit beanspruchende Abfassung der Schriftsätze für die beiden Revisionsanträge beim Oberbundesgericht in Washington zu ermöglichen.

Zu der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes wird ausgeführt: Der Antrag für einen neuen Prozeß ist zu spät gekommen, da das Urteil bereits verkündet war. Weder der Richter noch einer seiner Beisitzer hätten die Befugnis, einen Antrag auf Zurücknahme eines Urteils zu bewilligen.

Belagerungszustand in Amerika.

New York, 20. August. Im Zusammenhang mit der Verwerfung der Berufung im Falle Sacco-Banzetti ist über sämtliche ostamerikanischen Städte und über Chicago der keine Belagerungszustand verhängt worden. Urlaub an Polizeigehörige wird nicht mehr bewilligt. Sämtliche öffentliche Gebäude stehen unter verstärktem polizeilichen Schutz. In Chicago wurden bekannte Radikale unter besondere Polizeiaufsicht gestellt. Für Sonntag und Montag werden Demonstrationen zugunsten Saccos und Banzettis erwartet. Die Polizei hat Anweisung erhalten, die Demonstrationen zu zerstreuen, wenn Anschreitungen zu befürchten sind.

